

# Amerikas Rechte nach 1945 – ein Überblick

von Nils Wegner

Die sogenannte *Old Right* der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte aus eher klassisch liberalen und autoritätsskeptischen Einzelfiguren bestanden, die sich auf keine kohärente Ideologie oder gemeinsame Organisation einigen konnten. Ihre Ursprünge lagen in der Spaltung der Republikanischen Partei über Schutzzollfragen 1910. 1933 kam es zum Zustrom liberaler Dissidenten der Demokraten, die die nationale sozioökonomische Mobilisierungsstrategie »New Deal« des neuen Präsidenten Roosevelt als Auftakt zur »heimischen Diktatur« (*Domestic dictatorship*) ablehnten. Während die *Old Right* nach dem Kriegseintritt der USA 1941 endgültig zur politischen Einflußlosigkeit verdammt war, erlangte sie Bedeutung als Negativvorbild der aufkeimenden amerikanischen Nachkriegsrechten.

Deren Entwicklung ist untrennbar verbunden mit einem Konstrukt namens *Conservative movement*, Lebenswerk des Publizisten William F. Buckley Jr. Der Sohn eines Ölunternehmers arbeitete nach dem Politologiestudium an der Eliteuniversität Yale zuerst Anfang der 1950er für die CIA in Mittel- und Südamerika. Eine zwei Jahre später angetretene Stelle als Redakteur des traditionsreichen Kulturmagazins *The American Mercury* warf er gleich wieder hin, weil er – laut eigener Aussage – eine ungenügende Abgrenzung gegenüber »antisemitischen« Ressentiments zu erkennen glaubte. Der *Mercury* war damals dabei, die große »gefühlskonserervative« US-Publikation zu werden, mit Unterstützung höchster Stellen wie des FBI-Direktors J. Edgar Hoover. Der erzürnte Buckley nun war entschlossen, seinen ehemaligen Arbeitgeber auszubooten. 1955 gründete er die Zeitschrift *National Review* (NR) und ging an die Eroberung der Deutungshoheit darüber, was und wer auf der amerikanischen Rechten als »respektabel« gelten durfte. Ihm wird heute angerechnet, das Attribut »konservativ« intellektualisiert und neu erfunden zu haben.

Das um die Zeitschrift wachsende *Conservative movement* wollte die »Alte Rechte« der ersten Jahrhunderthälfte entsorgen, insbesondere aufgrund deren Isolationismus. Der »saubere« US-Konservatismus sollte sich fortan an scheinbaren Fixpunkten orientieren: Kapitalismus des freien Marktes, Christentum (zuvorkommend gegenüber gewissen anderen monotheistischen Religionen) als Grundlage von Patriotismus, Freiheit und Menschenrechten, bedingungslose Unterstützung der US-Truppen in aller Welt (bei gelegentlicher Kritik an der Außenpolitik), bedingungslose Unterstützung Israels (insbesondere dessen Außenpolitik), »Werte«-fokussierte Auffassung von amerikanischer Geschichte und Identität.

Auf dieser Grundlage führte Buckley seinen medialen Kampf gegen scheinbare Feinde der USA und Israels vor allem innerhalb des eigenen Reviers. Das traf nicht nur Isolationisten wie die 1958 gegründete antikommunistische John Birch Society, sondern auch und gerade NR-Autoren: In den 1960ern wurde der libertäre Flügel um Murray Rothbard und Alissa »Ayn Rand« Rosenbaum als »unpatriotisch« geschäft, weil dort Kritik an

»Der vom New Deal eingeschlagene Weg des Dirigismus erfordere ein immer höheres Staatsdefizit. Das gehe gut, solange damit die Massen zufriedengestellt würden und der Schuldenberg keine kritische Masse erreiche. Beide Voraussetzungen aber [...] bedurften der Krise bzw. des Krieges in Permanenz.«

Wolfgang Schivelbusch:  
*Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933–1939*, München/Wien 2005.

den teuren US-Interventionen insbesondere in Vietnam sowie der damaligen Wehrpflicht laut geworden war. Die regelmäßigen internen Säuberungen des *Conservative movement* deutete Buckley später zum Einsatz gegen Antisemitismus um. Das war absurd, weil ihnen auch Juden zum Opfer fielen, aber eine bequeme Ausflucht vor dem Hintergrund der kleinen anti-amerikanischen Rechtsaußenfraktion, die (Außen-)Politik und Kulturbetrieb der USA als von einer zionistischen Elite gelenkt ablehnte, darunter George Lincoln Rockwell mit seiner American Nazi Party oder das internationale Netzwerk des Kulturphilosophen Francis Parker Yockey.

Als 1964 der jüdisch-libertäre republikanische Senator Barry Goldwater mit Unterstützung der konservativen Demokraten der Südstaaten – der *Dixiecrats* – gegen Amtsinhaber Lyndon B. Johnson um die Präsidentschaft kandidierte, fungierten die NR sowie die von Buckley gegründeten Organisationen (u.a. Young Americans for Freedom und American Conservative Union) als Wahlkampfmotoren. Sein öffentliches Engagement gegen den Civil Rights Act von 1964 – nicht, weil er den Forderungen von Martin Luther King Jr. nicht zugestimmt hätte, sondern weil das Gesetz die Autonomie der Bundesstaaten einschränkte – sollte Goldwater allerdings den Wahlsieg kosten. Während er entgegen der landläufigen Darstellung durchaus kein »Rechtsausleger« war, war seine Wahlkampagne die Generalprobe eines Zusammenwirkens von Partei und Vorfeld, das bereits bei der folgenden Wahl den aussichtsreichen unabhängigen (ex-demokratischen) Kandidaten George Wallace mit dessen Slogan »Rassentrennung jetzt, Rassentrennung morgen, Rassentrennung für immer!« abzudrängen vermochte und Richard Nixon die Präsidentschaft sicherte.

1964 hatte Buckley zusammen mit u.a. dem Ökonomen Milton Friedman und dem NR-Chefphilosophen Frank Meyer, Ex-Kommunist und Erfinder des »Fusionismus« aus libertären und klassisch-konservativen Versatzstücken, im Kielwasser der Goldwater-Kampagne den elitären Politclub Philadelphia Society gegründet. Aus ihrem Umfeld entsprang 1973 die Heritage Foundation (HF) als Denkfabrik und Lobbyorganisation mit dem erklärten Ziel, die Republikanische Partei unter dem als zu liberal empfundenen Präsidenten Nixon sowie nach dessen Rücktritt unter Gerald Ford weiter nach rechts zu drängen, insbesondere Unternehmerinteressen mehr Gehör zu verschaffen und den gesellschaftlichen Werteverfall anzuprangern. Mit offensiven Werbemethoden und selbstbewußtem Auftreten erzeugte die HF Zugzwang bei den traditionsreicheren Denkfabriken Brookings Institution (klassisch liberal) und American Enterprise Institute (libertär bis neokonservativ), sich ebenfalls verstärkt kulturellen Themen zuzuwenden. Diese Dynamik sowie einiges an strategischer Finesse seitens der beteiligten Organisatoren ließen dieses goldene Jahrzehnt der im weitesten Sinne konservativen Politinstitute 1979 in der Bildung der nach einer Formulierung des HF-Gründers Paul Weyrich »Moral Majority« genannten Koalition aus Katholiken und Evangelikalen münden. Sie machte die christliche Rechte für ein Vierteljahrhundert zu einem bestimmenden Faktor des rechten Republikanerflügels und hatte wesentlichen Anteil an der Wahl Ronald Reagans zum US-Präsidenten 1980. Zur selben Zeit wandelten sich ehemalige Trotzlisten und von der Liberalisierung ihrer Partei abgestoßene Demokraten zu dem, was man in der Folge als Neokonservative bezeichnen sollte.

Während die beiden Amtszeiten Reagans (1981–1989) oft als libertäre Ära der Deregulierung und letzte Blütephase der USA als Weltmacht verbrämt werden, hält dieses Bild einem genaueren Blick nicht stand. Die neoliberalen *Reaganomics* mit ihrer Verheißung, eine massive Förderung des Großkapitals u.a. durch Rüstungsprogramme werde letztlich die gesamte Wirtschaft mitziehen, waren nur um den Preis einer explodierenden Staatsverschuldung zu haben. So folgte der großen Steuersenkung von 1981 gleich im Folgejahr ein Widerruf mitsamt Neuerhebungen, was zeitgenössische Libertäre als »größte Steuererhöhung der amerikanischen Geschichte« geißelten.

Trotz dieses frühen Scheiterns und weiterer katastrophaler innenpolitischer Fehlgriffe – wie der Ermöglichung der amerikanischen Staatsbürgerschaft für fast drei Millionen illegale Einwanderer ab 1986 – war und bleibt Reagan eine konservative Lichtgestalt. Das mag an seinem theatralischen Antikommunismus ebenso liegen wie an seinen weitgehend vergeblichen Versuchen, dem Sozialstaat zu Leibe zu rücken. Vor allem aber war

»National Review war begeistert von Goldwater, und viele prominente Konservative halfen Goldwater mit seinen Reden, darunter Russell Kirk und Harry Jaffa. Goldwaters Manifest von 1960, *The Conscience of a Conservative*, hatte in Wahrheit [Buckleys Schwager] L. Brent Bozell III. geschrieben.«

George Hawley: *Right-Wing Critics of American Conservatism*, Lawrence 2016.



National Review, Ausgabe vom Februar 2025.

»Kein vernünftiger Mensch wird das spezielle ethnische, regionale und kulturelle Wesen des neokonservativen Denkens leugnen, aber ebenso klar ist, daß es über seine ursprüngliche Klientel hinausreicht. [...] Tatsächlich hat die konservative Bewegung mit wenigen, mittlerweile ausgegrenzten Ausnahmen seit den frühen Achtzigern die Führung der Neokonservativen akzeptiert [...].«

Paul Edward Gottfried:  
*Conservatism in America. Making Sense of the American Right*, New York 2007.

William F. Buckley Jr. mit  
Präsident Ronald Reagan,  
1986.

der frühere Hollywoodschauspieler eine ideale Verkörperung des »respektablen« NR-Konservatismus und erhob das Netzwerk Buckleys zu ungeahnten Höhen des Einflusses.

George Bush sen., der Reagan 1989 als Präsident ablöste, blieb innenpolitisch passiv und konzentrierte sich im Angesicht des Zusammenbruchs der Sowjetunion auf außenpolitische Interventionen wie gegen den Irak und in Panama.

Diese Abenteuer vermochten aber nicht über die existentielle Krise hinwegzutäuschen, in der sich die US-Rechte nach dem Wegfall ihres Weltfeinds befand. Bushs Wiederwahl 1992 scheiterte denn auch am unabhängigen Kandidaten Ross Perot, der mit seinem Nein zu Interventionismus und Freihandel genug republikanische Stimmen abschöpfte, um dem Demokraten Clinton zur Mehrheit zu verhelfen. Diese »Pause« in der Opposition sollte der Rechten über ihre Orientierungslosigkeit hinweghelfen.

Aufbauend auf der protopopulistischen Programmschrift »Vertrag mit Amerika« ihres Chefstrategen Newt Gingrich, vollbrachten es die Republikaner, bei den Zwischenwahlen 1994 nach 40 Jahren die demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus zu brechen. Und das gemeinsame amerikanisch-israelische neokonservative Strategiepapier »A Clean Break«, in Auftrag gegeben von Benjamin Netanjahu, zeichnete mit seinen Empfehlungen u. a. des aggressiven Vorgehens gegen den Irak und Syrien 1996 den Weg in die kommende US-Nahostpolitik vor. Der im selben Jahr gestartete



Fernsehsender Fox News schuf ebenso wie das junge öffentliche Internet gänzlich neue Möglichkeiten der politischen Betätigung und half zusammen mit der unverhofften zweiten Amtszeit Clintons beim Aufbau der notwendigen Schwungkraft, um zur Jahrtausendwende einen (neo-)konservativen Paukenschlag zu liefern.

Als George Bush jun. 2001 seine erste präsidentielle Amtszeit antrat, bestanden Kabinett und Mitarbeiterstäbe teils aus Gewächsen des alten republikanischen Establishments, teils aus mittelbaren oder unmittelbaren Angehörigen der neokonservativen Lobbyorganisation Project for the New American Century. Diese Gruppe, die bereits 1998 in einem offenen Brief an Clinton eine gewaltsame Entmachtung Saddam Husseins gefordert hatte, sah nach dem 11. September 2001 ihre Stunde gekommen, steuerte das Land in den Irakkrieg und trug so maßgeblich zur Radikalisierung des dschihadistischen Potentials im Nahen Osten bei. Buckley und das NR-Umfeld, die 2000 eine Wahlempfehlung zugunsten Bushs abgegeben hatten, sahen 2004 davon ab – auch eine Reaktion auf ihren Bedeutungsverlust gegenüber den *Neocons*.

Ebenso sahen sich die US-Katholiken, obwohl Bush-Kernwählerschaft, von Evangelikalen und christlichen Zionisten übervorteilt. Die infolge des »Kriegs gegen den Terror« vorangetriebene Transformation der USA in einen Überwachungs- und Polizeistaat trug mitsamt einer patriotischen Welle ferner zum (vorläufigen) Austrocknen etlicher Reservoirs der radikaleren Rechten bei, insbesondere der Milizbewegung und der

rassisch-spirituellen National Alliance. Letzten Endes sollte es aber ausgerechnet die ab 2007 infolge der unter Bush vorgenommenen Deregulierungen im Immobilienkreditsektor hereinbrechende (Welt-)Finanzkrise sein, die auf Umwegen dem amerikanischen Rechtspopulismus eine Art Sturzgeburt bescherte.

Bei näherem Hinsehen war es die – sorgfältig vorausgeplante und letztlich erfolglose – »spontane« Unmutsbewegung der »Tea Party« ab 2007, die das Abziehbild für den späteren Durchmarsch Donald Trumps lieferte. Anfangs ein libertäres Aufbegehren gegen die Regierungsbemühungen, die Finanzkrise für die »kleinen Leute« abzumildern (und nicht etwa gegen die Bankenrettungen), wurde sie schnell zu einem Vehikel der widerstreitenden republikanischen Strömungen von Neokonservativen bis Paläoliberalen, um über die Basis Druck auf die Gesamtpartei auszuüben. Alle großen Namen der »alternativen Medien« des Trump-Wahlkampfes waren schon damals Trittbrettfahrer, von James O’Keefe bis zu Ann Coulter – und nicht zuletzt Donald Trump selbst, der in der öffentlichen Auseinandersetzung um die Staatsbürgerschaft des neuen Präsidenten Obama 2010/11 nach jahrzehntelanger Unterstützung der Demokraten sein Faible für konservative Parolen entdeckte.

Zentrale Lehre war damals indes, daß Populismus gegen den Sozialstaat in den USA keine ausreichende Mobilisationswirkung (mehr) hat – die Zuwanderungsfrage aber sehr wohl. Dieses Thema, das allen Establishment-Republikanern zu unfein war, wurde zum Sprungbrett der Trump-Kampagne. In Kombination mit den rechten Medienkanälen der »Tea Party« und in ambivalentem Verhältnis zu Parolen der Reagan-Ära, aber insbesondere auch angetrieben durch eine in ethnischen Fragen zunehmend polarisierte digitale Öffentlichkeit, bugsiierte sie ihren Kandidaten schließlich zur allseitigen Überraschung ins Weiße Haus. Und das nach dem retardierenden Element einer allseits unbeliebten Biden-Präsidentschaft sogar noch ein zweites Mal.

Diese Entwicklung steht wie die Flügelkämpfe zwischen republikanischem Parteiestablishment und dem unter dem »MAGA«-Banner versammelten aufstrebenden radikaleren Nachwuchs, exemplifiziert in der beispiellosen Absetzung Kevin McCarthys als Sprecher des Repräsentantenhauses durch seine eigene Partei im Oktober 2023, symbolisch für die tiefe Kluft in der amerikanischen Rechten. Sie hat sich mit dem Ende der zweiten Bush-jun.-Amtszeit aufgetan und ist Produkt einer neuen Orientierungslosigkeit. Während insbesondere die Institutionen und die Medienprojekte um die im Hintergrund agierenden Netzwerkorganisationen Intercollegiate Studies Institute (eine Buckley-Gründung von 1953) und das seit 1979 existierende, in der Tradition Leo Strauss’ stehende Claremont Institute einen Neo-Neokonservatismus im Kielwasser Trumps zu etablieren versuchen, droht der längst überfällige Generationenwechsel, die Republikanische Partei – die sich nicht von ihrem progressiven Erbe zu lösen vermag – zu zerreißen.

Noch Mitte der 2010er Jahre galten republikanische »Modernisierer«, die eine Neuorientierung zu Themen wie Homoehe, Abtreibungen u. ä. empfahlen, als linkslibertäre Sonderlinge und wurden praktisch als Dorftrödel des konservativen Lagers belächelt.

Heutzutage befürwortet die deutliche Mehrheit der Republikaner eine Legalisierung des privaten Marihuanakonsums, die in einigen »roten« Bundesstaaten bereits umgesetzt wurde – und während Trump in seinem jüngsten Präsidentschaftswahlkampf eine föderale Regelung des Abtreibungsrechts ablehnte, veröffentlichte seine Ehefrau gleichzeitig ihre Memoiren und vertrat darin entschieden die *Pro-choice*-Position. Man muß indes ein arger Phantast sein, um von Angehörigen des globalen Jetset eine andere Haltung in dieser Frage zu erwarten.

Die Zukunft der US-Rechten hängt ganz vom Verlauf der zweiten Trump-Amtszeit ab und davon, wer diesem als Präsident nachfolgen wird. Da ein signifikantes Abklingen der politischen wie kulturellen Vorbildwirkung Amerikas für die sogenannte westliche Welt weiterhin nicht absehbar ist, wird diese Zukunft mit den üblichen Abstrichen *volens nolens* auch unsere Zukunft sein. Es gilt, die außenpolitische Dünung von jenseits des großen Teichs weiter aufmerksam, doch distanziert zu beobachten und aufkommende Wellen zu reiten, statt sich vom inneren populistischen Plätschern mitreißen zu lassen. ■

»Manchmal höre ich mir konservative Kommentatoren an, wie sie sich über Steuersenkungen streiten und irgendeine kulturelle Neuheit oder die politische Korrektheit bejammern – dort gibt es keine großen, kühnen und gefährlichen Ideen, überhaupt keine.«

Nils Wegner: *»So funktioniert Geschichte nicht!«*. Richard Spencer im Gespräch über Politik, Kultur und eine alternative Rechte, Mödling 2021.

#### Weiterführende Literatur:

Paul Gottfried, Richard Spencer (Hrsg.): *The Great Purge. The Deformation of the Conservative Movement*, Arlington 2015;

James Kirkpatrick: *Conservatism Inc. The Battle for the American Right*, London 2019;

Mark Sedgwick (Hrsg.): *Key Thinkers of the Radical Right. Behind the New Threat to Liberal Democracy*, Oxford 2019;

Sebastian Syndikus: *Auf dem Rücken der Vergangenheit. Ein ideengeschichtlicher Vergleich des deutschen und amerikanischen Konservatismus*, Baden-Baden 2021;

Nils Wegner: *Neoreaktion und Dunkle Aufklärung. Die rechtslibertäre Versuchung*, Dresden 2024.